



Von der „Zeitenwende“ zum Epochenbruch

Symptome, Kritik und Herausforderungen für die ökonomische Wissenschaft

Christa Luft
(Berlin, MLS)

Veröffentlicht: 15. August 2023

1 Vorbemerkung

Bundeskanzler Scholz apostrophierte am 27. Februar 2022 den russischen Einmarsch in die Ukraine als politische „Zeitenwende“, als Zäsur in der europäischen Geschichte. In den Bundeshaushalt ließ er zusätzlich ein von der Schuldenbremse nicht betroffenes kreditfinanziertes, also auf Pump finanziertes „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr einstellen und es im Grundgesetz verankern. So können spätere Regierungen, falls gewollt, es nur mit 60 Prozent Parlamentszustimmung aushebeln. Das „Sondervermögen“ entspricht einer Vorbelastung künftiger Generationen, entzieht sich parlamentarischer Kontrolle, ist ein Instrument der Schuldenverschleierung und erinnert fatal an die von der SPD zu Karl Liebknechts Zeiten bewilligten Kriegskredite.

Angekündigt wurde vom Kanzler auch, dass die Bundesrepublik von nun an Jahr für Jahr mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Verteidigung investieren wird. Damit hat er einer schon seit Langem erhobenen Forderung der US-Administration willig entsprochen.

Im Wesentlichen fokussiert sich Scholzens „Wummswort“ *Zeitenwende* – und das ist meine Hauptkritik – aufs Militärische, auf die massive Aufrüstung und die Nutzung lebenswichtiger Güter, Währungen und Finanzen als neue „Waffen“ im Außenhandel. Die mehr als überfällige ökologische Reformpolitik kommt bei ihm nicht adäquat vor. Klimawandel und Umweltkatastrophen bleiben als akute Bedrohungen für die Menschheit ausgeblendet, obwohl sie die radikale Veränderung der gewohnten Lebens- und Produktionsweise vor allem in den kapitalistischen Hauptländern dringlich anmahnen. Im Entwurf des Bundeshaushalts für 2024 unterliegt der Umweltetat gegenüber dem Vorjahr sogar einer Kürzung. Inzwischen ist Scholz' „Zeitenwende“ von der Gesellschaft für die deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2022 gekürt worden und Finanzminister Lindner buhlt um eine „Wirtschafts- und Finanzwende“. „Nach einem Jahrzehnt der Verteilungspolitik und der Nachfragestärkung müssen wir eine ordnungspolitische Trendwende zur Angebotspolitik wagen“ (zit. nach Schäfers 2022), heißt es in einem entsprechenden Papier aus seinem Haus. Darunter wird eine Wirtschaftspolitik verstanden, die darauf setzt, Unternehmensgewinne zu steigern, vorgeblich um so private Investitionen zu stimulieren. Dafür werden dann Steuern für Unternehmen gesenkt, Staatsausgaben zurückgefahren und Sozialleistungen gekürzt. Christian Lindner will mit einem sogenannten Wachstumschancen-Gesetz die Unternehmen in Deutschland jährlich um rund sechs Milliarden Euro entlasten.

Neu oder gar originell ist die „Zeitenwende“-Rhetorik nicht. 1973 wurde die Ölkrise von vielen politisch Handelnden als solche bezeichnet, auf Grund derer sich nun alles ändern müsse. Auch in den Wirtschaftskrisendiskursen von 1982, zu denen die Kohlsche Proklamation einer notwendigen „geistig-moralischen Wende“ gehörte und anno 2003, da eine Zeitenwende von der rot-grünen Schröder-Regierung als Bruch mit den bis dahin praktizierten sozialstaatlichen Sicherungen für notwendig und umgehend einzuleiten deklariert wurde, ging es um „Wenden“. Im Zusammenhang mit dem Mauerfall von 1989 und den Terroranschlägen auf das New Yorker World -Trade-Center vom September 2001 findet sich dieser Topos ebenso (Wengeler 2023: 47-48). Schon die Künstlerin Käthe Kollwitz befasste sich mit „Zeitenwende(n)“. So hieß das Thema ihrer Ausstellung von Januar bis März 2019 im Kölner Museum. Gemeint waren Aufbruch und Umbruch zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus.

Der Unterschied zu Scholzens „Zeitenwende“ von 2022 ist allerdings, dass es bei den Vorgenannten nicht um gigantische, nie dagewesene Hochrüstungsmaßnahmen und tiefgreifende internationale Beziehungskappungen zu bestimmten Ländern ging. Die Scholzische Zeitenwende hingegen wächst sich zu einer Veränderung im Weltmaßstab, zu einem Epochenbruch aus.

2 Symptome des Epochenbruchs

Gewissheiten wie die folgenden aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sind obsolet.

- In Jahrzehnten relativ friedlicher Koexistenz gab es zumindest kein kriegerisches Gegeneinander waffenstrotzender Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen. Waffenlieferungen in Kriegsgebiete waren verboten. Jetzt wird die Friedenspolitik entsorgt, und es werden Kampfpanzer Tranche für Tranche an die Front in der Ukraine verbracht.
- Wie Ende des 19. Jahrhunderts geht es um eine Neuaufteilung der Welt, um Ausweitung von Macht- und Einflussphären. Eine Rüstungsspirale beispiellosen Ausmaßes wurde ausgelöst. Unfassbare 2,24 Billionen US-Dollar (rund 2,04 Billionen Euro) wurden 2022 nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri ausgegeben.
- Es ging um Kooperation, um Wandel durch Annäherung. Jetzt dominiert das Ringen um westliche Vorherrschaft unter Führung der USA.
- Die Kraftzentren in der Welt verschieben sich. Während viele asiatische Länder relativ robuste Wachstumsraten haben, befinden sich die USA und Europa in der Rezession. Deutschland leidet besonders unter den hohen Energiepreisen, unter der Bevölkerungsalterung und den Engpässen auf dem Arbeitsmarkt.
- Eine eskalierende Inflation galt als ein kriegsbedingt böses aber singuläres Ereignis der 1920er Jahre, dessen Wiederkehr undenkbar schien. Jetzt hat ein wirtschaftskriegerisches Sanktionsregime gegen Russland als Lieferanten von Energieträgern ein sozial und ökonomisch großes Inflationsproblem ausgelöst.
- Hinzu kam möglichst unbeschränkter, von Protektionismus freier internationaler Handel als Generator von Wohlfahrtsgewinnen für alle beteiligten Länder, wie die zentrale These von David Ricardo (1772-1823), eines Hauptvertreters der klassischen Nationalökonomie, lautet, die bis heute in Deutschland zum vermittelten wirtschaftswissenschaftlichen Grundwissen gehört. Wenn in der Realität Freihandel oft auch negative Auswirkungen auf Produzenten in Ländern mit schwächerer Wirtschaft hatte, so ist jetzt der internationale Warenaustausch überwuchert von Sanktionen und Embargos gegen Länder mit ähnlicher Wirtschaftskraft, aber unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Ausrichtung.

- Es bilden sich neue Allianzen vorwiegend von aufstrebenden Volkswirtschaften der sogenannten Dritten Welt. Die wollen nicht mehr die „Kleinen“ sein. Ein Beispiel sind die BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika). An die 30 weitere Länder aus Asien, Afrika und Lateinamerika streben den Beitritt zu dem Schwellenländerbündnis an und nehmen die Schaffung einer eigenen goldgedeckten Währung ins Visier. Die neue Geographie dieses Bündnisses habe einen betont nichtwestlichen Charakter (Pavlenko 2023).
- Das Verhältnis zur Volksrepublik China steht vor nervöser Veränderung. Während man sich in Europa um die russische Bedrohung sorgt, wendet sich der Blick der amerikanischen Administration Richtung China und damit weg von Europa. Es geht um Großmachtrivalität, um Geo-Ökonomie.
- Der Internationale Währungsfonds droht als globale Institution zu zerbrechen. Krieg und Klimakrise haben ihn vollends von seinem obersten Ziel abgebracht, den ärmeren Ländern zu helfen. Der Unmut im globalen Süden über den Internationalen Währungsfonds und über die Weltbank nimmt zu. Denn beide Institutionen fluten die Ukraine mit Geld, während die hochverschuldeten Staaten im Süden der Welt mit weniger auskommen müssen.
- Ein Alarmsignal ist, mit welcher Gleichgültigkeit die kapitalistischen Hauptländer die Folgen ihres gegen Russland gerichteten Sanktionsregimes für die Staaten in Afrika und Nahost hinnehmen. Die ärmsten Länder dort warten auf Getreide, Sonnenblumenöl und Düngemittel, zu deren wichtigsten Lieferanten die Ukraine gehört. Deren politisch bedingtes Ausbleiben treibt nicht nur die Weltmarktpreise und facht Migrantenströme Richtung Europa an, sondern bedroht Millionen Menschen mit dem Hungertod.

Das mag an Veränderungssymptomen genügen. Die alte Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg den europäischen und den Weltfrieden mehr oder weniger garantiert hatte, ist definitiv zu Ende. Die geoökonomischen Folgen des Weltenumbruchs sind für alle Seiten verheerend. Das Alltagsleben wird teurer, der erreichte westliche Wohlstand wird kaum wie bisher aufrecht zu erhalten sein, die Verarmung ganzer Bevölkerungsteile nimmt zu, die ohnehin geschundene Umwelt muss weiter leiden, ihre Verseuchung durch Bomben und andere Zerstörungen nimmt zu, auch die Klimakatastrophe schwelt vor sich hin. Die kostspielige Reparatur der durch den Krieg entstandenen massiven Umweltschäden bedeutet einen Abzug von möglichen Investitionen in den bitter notwendigen Umwelt- und den Klimaschutz. Die ökologische Selbstvernichtung der Menschen wird denkbar (Brandt/Braun/Hoffmann/Müller 2023).

Statt zu Handelsverflechtungen kommt es zu einer atemberaubenden Militarisierung in Europa, in den USA und in Asien, zu einem Rüstungswahn. In Deutschland stiegen die jährlichen Rüstungsausgaben seit 2014 bis 2022 von 34,75 Mrd. auf 55,64 Mrd. Euro. Der neue Verteidigungsminister Pistorius hat schon mindestens 10 Mrd. Euro zusätzlich noch in diesem Jahr für sein Ressort angemeldet und begründet das u.a. mit gestiegenen Zinsen für die kreditfinanzierte Beschaffung von Rüstungsgütern. Laut Kanzler Scholz soll die Bundeswehr mit den angestoßenen gigantischen Rüstungsausgaben zur größten europäischen Armee im Rahmen der Nato aufgerüstet werden.

Alte Gewissheiten sind obsolet. Neue gibt es noch nicht. Klar ist nur, dass der Siegeszug der Globalisierung, die jahrzehntelang als Erfolgsmodell des Westens galt, beendet ist und die etablierten Weltmächte kein Mittel scheuend um strategischen Einfluss konkurrieren. Russland soll als geopolitischer Akteur ausgeschaltet, nach Außenministerin Baerbock „ruiniert“ und die VR China als systemischer Rivale behandelt werden. Internationale Verflechtung gilt plötzlich als Schwachpunkt; „Derisking“ (Risikominimierung) und „Resilienz“ (Widerstandsfähigkeit der Lieferketten gegenüber Belastungen) sind die neuen

wirtschaftspolitischen Schlagwörter. Die G7-Länder (Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Großbritannien und die USA) streben an, sich unabhängiger von China zu machen, suchen neue Rohstofflieferanten und erlegen einheimischen Unternehmen Exportverbote ins Reich der Mitte auf.

Es geht um einen grundsätzlichen Wandel weg von der freihandelsgeprägten Ordnung hin zu einem Wettbewerb der politischen Systeme. Daran ließ US-Präsident Biden im Dezember 2022 bei einer Pressekonferenz mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj keinen Zweifel, als er unverblümt eingestand, beim Kampf in der Ukraine gehe es um etwas Größeres als nur um das Land. Diesen Geist von der Schlüsselrolle der Ukraine als Pufferstaat hatte Zbigniew Brzezinski, ein gebürtiger Pole, als Politikwissenschaftler Jahrzehnte in den USA lebend und lehrend sowie außenpolitischer Berater amerikanischer Präsidenten, darunter von Jimmy Carter und Barack Obama, schon Jahre vorher aus der Flasche gelassen. In seinem 1997 erschienenen Buch *The Grand Chessboard* (deutsch: „Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft“) heißt es, „die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr“ (zitiert nach Engdahl 2022: 8).

Es wurden also früh geistige Strippen gezogen, was bei der Analyse und objektiven Bewertung des Konflikts nicht übersehen werden darf.

An sich ist der Terminus „Zeitenwende“ inhaltsleer, „Wende“ wohin genau? Er suggeriert Alternativlosigkeit, Unbeeinflussbarkeit, ja Schicksalhaftigkeit des politischen Tuns der Regierenden, das keiner weiteren Erklärung bedarf, kein Hinterfragen duldet. Das bezieht sich auch auf die vorurteilsfreie Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte des russischen Einmarsches in die Ukraine. Nicht, wie oft rasch gergewöhnt, um diesen zu rechtfertigen, sondern um sich in Erinnerung zu rufen, dass Staaten eigene Interessen, besonders Sicherheitsinteressen haben und ohne deren Beachtung, gar bei deren bewusster Verletzung katastrophale Folgen ausgelöst werden. Dass dieser Krieg zu verurteilen ist, ist für mich unstrittig. Dennoch muss die Frage gestellt werden dürfen, ob er verhinderbar gewesen wäre, woran das scheiterte und wie es weitergehen soll, ohne gleich als Putin-Versteherin oder Moskowiterin gebrandmarkt zu werden.

3 Kurz zur Vorgeschichte des russischen Einmarsches in die Ukraine

Dazu gibt es ein umfangreiches und kontroverses Meinungsangebot, das hier nicht aufgerufen werden kann. Ich lasse nur einige nachdenkliche Stimmen zu Wort kommen.

Günter Verheugen, langjähriger EU-Kommissar ist überzeugt, „dass im Jahr 2008 mit dem Angebot an die Ukraine, Nato-Mitglied zu werden, willentlich und wissentlich eine Linie überschritten wurde, und dass dies für Russland wegen seiner Sicherheitsinteressen nicht hinnehmbar war. Die EU hat den Beitritt der Ukraine vorangetrieben, ohne mit dem Nachbarn Russland zu reden“ (Verheugen 2023: 28–29).

Der frühere US-amerikanische Außenminister Henry Kissinger ist einer der wenigen Kenner der Materie, der sich traut, auch öffentlich dem Westen eine Mitschuld für den Ukraine-Krieg zu geben. Das Angebot an die Ukraine, Nato-Mitglied zu werden, hielt er damals und hält er heute noch für einen Kardinalfehler, wie er in einem Interview anlässlich seines 100. Geburtstages betonte. Für ihn ist Putins Verhalten unentschuldig, doch ein Fehler des Westens bleibe es (Jaksch 2023). Der 95-jährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi gesteht: „Ich bin leider zutiefst überzeugt, dass der Krieg hätte vermieden werden können, wenn man Russlands begründete Besorgnis wegen eines immer weiteren

Vordringens der Nato an die russischen Grenzen berücksichtigt hätte, wie auch viele bestinformierte USA-Politiker warnend forderten. Es war ein aus meiner Sicht unverzeihlicher Fehler Präsident Bidens, und damit des Westens insgesamt, im Dezember 2021 Russlands Forderungen, zu verhandeln, abzulehnen. Henry Kissinger ist nicht der einzige Staatsmann auf Seiten der USA, der deswegen eine Mitverantwortung des Westens an Putins Angriffskrieg erkennt“ (Dohnanyi 2023: 11).

Die USA aber sehen die Chance, Russland so zu schwächen, dass es nie wieder einen ähnlichen Krieg beginnen könne und sie so ihrem geopolitischen Ziel entscheidend näherkommen. „Sie sehen sich als eine auserwählte Nation mit dem Anspruch, die einzige Weltmacht zu sein und zu bleiben und beanspruchen das Recht, darüber zu entscheiden, ob ein Land wie Deutschland eine Energieversorgungsleitung wie Nord Stream 2 in Betrieb nehmen darf“ (Lafontaine 2022).

Die deutsche Regierung nimmt das entmündigende Vasallentum gegenüber den USA weiter brav hin. Das zu beenden, gehörte meiner Meinung nach zu einer Zeitenwende, die den Namen verdient. Doch Scholz hält an der Nibelungentreue gegenüber Washington fest (vgl. Lüders 2023). Er scheint völlig auszublenden, dass es schon lange zu den Zielen der US-Administration gehört, die deutsche Wirtschaft als Konkurrentin zu schwächen. Ihr Abschneiden von einer günstigen Energieträgerversorgung erweist sich dafür als geeigneter Weg.

Ein Dreivierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg ist unser Land immer noch nicht souverän. Amerikanische Atombomben sind nach wie vor auf deutschem Territorium stationiert. Dahingegen hat sich Russland nach 1990 komplett aus Deutschland zurückgezogen, ohne dass ein Schuss fiel. Das wird in fast allen politischen Lagern heute gern beschwiegen.

Ja, die Ukraine führt einen gerechten Verteidigungskrieg, aber ich stimme Christoph Hein zu, der seinerseits Marcus Tullius Cicero zitiert. Der römische Politiker, Anwalt, Schriftsteller und Philosoph, der berühmteste Redner Roms, schrieb hundert Jahre vor unserer Zeitrechnung: „der ungerechteste Friede ist immer noch besser als der gerechteste Krieg“ (Hein 2023). Vergessen werden darf aber nicht, dass aus einem Verteidigungskrieg ein Stellvertreterkrieg geworden ist und der in einem Abnutzungskrieg gipfelt mit unfassbaren Verlusten auf beiden Seiten.

In einem Essay für den *New Statesman* hat der britische Journalist Jeremy Cliffe jüngst darauf hingewiesen, dass epochale Veränderungen in der Regel ein paar Jahre brauchen, bis sie sich voll entfalten und ihre Folgen sichtbar werden. Die Französische Revolution sei mehr gewesen als der Sturm auf die Bastille, der Beginn des Zweiten Weltkrieges mehr als die ersten deutschen Panzer in Polen, das Ende des Kalten Krieges mehr als der Fall der Mauer. Cliffe hat Recht: Wendepunkte in der Geschichte finden nie isoliert statt. Rückblickend ist es leicht, zu erkennen, wie sehr die jeweils bestehende Ordnung bereits erodiert war, bevor jene Ereignisse eintraten, die die meisten Beobachter zum Zeitpunkt ihres Geschehens völlig überraschten und die Welt eine andere werden ließen. Auch die gravierenden Konsequenzen der hier in Rede stehenden Ereignisse waren zum Zeitpunkt ihres Geschehens noch weitgehend unklar.

Inzwischen ist mehr bekannt über den Weg, der zur militärischen „Sonderoperation“ Russlands geführt hat als noch vor einem guten Jahr, und immer kommen neue Fakten und Zusammenhänge ans Licht. So über lange vor Beginn des russischen Überfalls von US-amerikanischer Seite auf ukrainischem Territorium vorbereitete und finanzierte infrastrukturelle Verteidigungsvorkehrungen.

Festzustellen bleibt auch, dass die russische „militärische Sonderoperation“ gegen die Ukraine nicht der erste Krieg in Europa seit 1945 ist, wie oft so dahingesagt. Unter den

Teppich gekehrt werden darf nicht der blutige Zerfall Jugoslawiens in den 1990er Jahren, der viele hunderttausende Menschen das Leben kostete und an dem die bundesrepublikanische Politik mit der eiligen, erwartbare Folgen verdrängenden Anerkennung Sloweniens und Kroatiens nicht unbeteiligt war. Es ging dem damaligen deutschen Außenminister Genscher mehr um politischen Prestigegewinn als um die konkrete Lage vor Ort und deren Entwicklung im Ergebnis des raschen Anerkennungsschritts. Gelernt wurde daraus nichts. Jetzt haben wir es wieder mit unkalkulierbaren Folgen der bundesdeutschen Ukrainepolitik zu tun, mit weltwirtschaftlichen Erschütterungen und gravierenden ökonomischen und sozialen Konsequenzen für das eigene Land.

4 Tektonische Veränderungen in der Weltwirtschaft nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine

4.1 Sanktionen und Embargos als zentrale Bausteine der westlichen Reaktion und deren Wirkung

Finanzen und Währungen sowie lebenswichtige Güter werden die neuen Waffen gegen den „Feind“ (Orange 2022; Pfeifer 2022). Die EU und die USA haben einen Sanktionsmechanismus nach dem Motto „Wir finanzieren mit unserem Geld für Öl- und Gasimporte aus Russland nicht Putins Krieg“ in Gang gesetzt. Diese Begründung gleicht einer kollektiven Bestrafung des russischen Volkes, denn die russischen Gas- und Öleinnahmen fließen nicht nur in den Militärhaushalt, sondern dienen auch zivilen Zwecken. Zehn Sanktionspakete wurden bisher verabschiedet. Sie beinhalten massive Beschränkungen in den Bereichen Energie, Transport, Handel und Finanzen. Ein elftes Paket ist in Vorbereitung. Jüngst ist von der EU noch der russische Handel mit Rohdiamanten sanktioniert worden.

Die gedankliche Grundidee der heutigen Sanktionspolitik – den Rivalen mit Strafzöllen zu belegen und mit Handelsverboten zu knebeln – stammt vom 28. US-Präsidenten Woodrow Wilson, der bereits 1910 die ökonomische Kriegsführung als Nonplusultra empfahl: „Eine Nation, die umfassend boykottiert wird, hat keine andere Wahl, als aufzugeben. Dank dieser wirtschaftlichen, friedlichen, aber gleichwohl tödlichen Medizin ist der Einsatz von bewaffneten Streitkräften nicht mehr nötig“ (Steingart 2023).

Der Glaube an die Allmacht von Wirtschaftssanktionen hält sich bis heute. Ihm hängen sowohl die konservativen als auch die demokratischen Präsidenten der USA an. Die Aussichten, mit Sanktionen einen sofortigen Rückzug der russischen Armee herbeizuführen, waren allerdings von Anfang an minimal, weil der Großteil der Welt sich nicht beteiligt und Russland trotz rückläufiger Exportmengen sein Öl und Gas zu höheren Preisen absetzen kann. Die Sanktionen zielen aber darauf ab, die Fähigkeiten der russischen Führung zur technischen Kriegsführung und zur Finanzierung der Invasion massiv zu schwächen. Empfindlich getroffen ist die russische Wirtschaft durch Exportverbote des Westens für Hochtechnologie (Computerchips, Halbleiter und Software) also Dual-Use-Güter, die sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke genutzt werden können.

Einschneidende Folgen haben ebenso die zunehmenden Finanzsanktionen, die zu den neuen „Waffen“ gehören. Die meisten russischen Banken sind aus dem weltweiten US-dominierten Finanzkommunikationssystem Swift ausgeschlossen, darunter das mit Abstand größte Geldinstitut, die Sberbank. Hinter den Kulissen aus militärischen Operationen und gegenseitigen Sanktionen tobt ein kalter Krieg um den Zahlungsverkehr. Devisenreserven der russischen Zentralbank in Höhe von 215 Milliarden US-\$ und 24 Milliarden \$ an Privatvermögen, abgelegt bei Zentralbanken anderer Länder, wurden eingefroren, so dass

das Land keinen Zugriff darauf hat. Bestrebungen besonders aus EU-Kreisen, diese Gelder für die aktuelle Ukraine-Hilfe und den Wiederaufbau des Landes zu verwenden, sie also zu enteignen, stoßen medial in der EU auf ein geteiltes Echo und auf juristische Grenzen. Während Spanien enteignen will und EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen sich forsch auch dafür einsetzt, muss letztere sich von der EZB-Chefin Madame Lagarde zurückweisen lassen, weil Enteignung nicht eine Frage der Politik, sondern der Gerichte sei. Die US- Finanzministerin stellte kürzlich fest, dass es für die USA derzeit nicht legal sei, die russischen Zentralbankreserven entschädigungslos einzuziehen. Außerdem unterminiere jede Enteignung von Dollarreserven ausländischer Adressen die Verlässlichkeit und damit die Stellung des US-\$ als globale Leitwährung. Die USA tun alles, um Länder, die wie China, Indien, Südafrika, Brasilien und andere bisher die Sanktionen gegen Russland nicht mittragen, umzustimmen. Letztgenannte wollen im Öl-Handel den US-\$ umgehen und in Rubel, Yuan oder Rupien bezahlen. Die USA fürchten die Bildung alternativer Tauschsysteme und damit eine Entdollarisierung der Welt und den Eintritt in ein neues Zeitalter ohne Dominanz des Greenback. Die Instrumentalisierung des Dollars ermöglicht es der Regierung in Washington, gezielt Sanktionen gegen ausländische Banken und Unternehmen zu erlassen – etwa, indem diese vom internationalen Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT ausgeschlossen werden oder indem amerikanischen Großbanken untersagt wird, in Dollar lautende Transaktionen für ausländische Kunden abzuwickeln.

Wenn der US-Dollar seine Akzeptanz und Rolle verliert, verlieren die USA eine wichtige Säule ihrer Macht, können sich nicht mehr in dem Maße verschulden wie bisher, indem die Federal Reserve nach Belieben Papiergeld aus dem Nichts schafft, also die Druckerpresse anwirft (Abb. 1: Verschuldung der USA).

Auch können sie genötigt sein, ihre weltweiten militärischen Aktionen zu begrenzen, einige Male sind Demokraten und Republikaner im Poker um die Schuldenobergrenze bereits aneinandergeraten. Und kürzlich hat die Ratingagentur Fitch den USA die Top-Bonität entzogen, also deren Kreditwürdigkeit herabgesetzt.

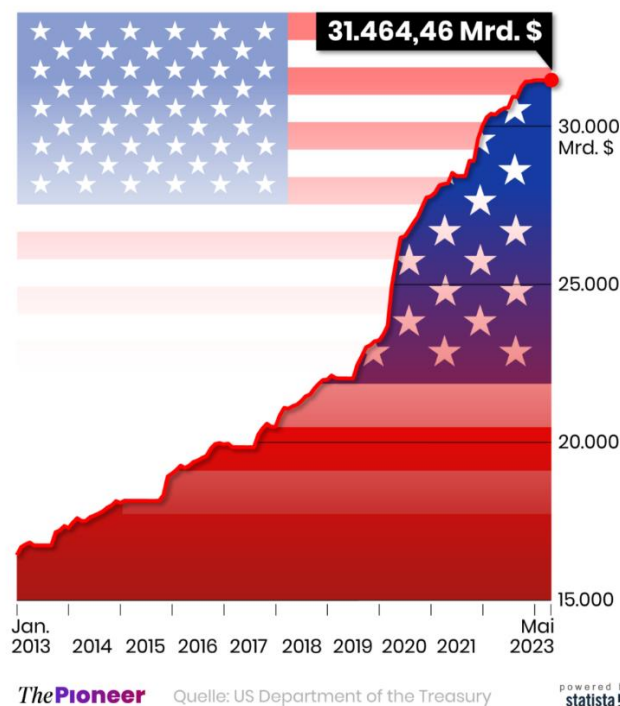


Abbildung 1: Wachsender Schuldenberg -Staatsverschuldung der USA seit Januar 2013 in Mrd. \$

Das bisher nahezu eindimensionale Weltwährungssystem mit dem US-Dollar als Leitwährung wird nicht kurzfristig durch ein multipolares ersetzt werden, aber schrittweise Mehrdimensionalität annehmen. China und Brasilien verzichten bereits im bilateralen Handel auf den Greenback. Dessen Anteil an den internationalen Währungsreserven sinkt mit aktuell gut 58 Prozent unablässig auf den niedrigsten Stand seit 1994. Ende der 1970er Jahre lag er noch bei 85 %.

Der Euro ist zur zweitwichtigsten Reservewährung mit einem Anteil von 20,5 % aufgestiegen (Tabelle 1). Der Rubel, obwohl schwächelnd, wird als Zahlungsmittel mittelbar gestärkt und erhält in Teilen der Welt Anerkennung.

Anteil wichtiger Währungen an den weltweiten Währungsreserven Ende 2022 (in %)

US-Dollar	58,4
Euro	20,5
Japan. Yen	5,5
Brit. Pfund	4,9
Chines. Yuan	2,7
Schweizer Franken	0,2

Tabelle1: nach Gregor Uhlig: Der Niedergang der Welt Leitwährung schreitet voran. Quelle: Coffer Dateien des IWF

4.2 „Wertegeleitete“ Allianzen

Zu den tektonischen Veränderungen in der Weltwirtschaft gehören auch die von Ländern wie Deutschland vorangetriebenen „wertgeleiteten“ oder „wertebasierten“ Allianzen als ginge es nicht wie eh und je um handfeste ökonomische und militärische Interessen.

Das Zeitalter der Hyperglobalisierung ist mit dem Krieg gegen die Ukraine endgültig zu Ende gegangen. Im globalen Rennen um Rohstoffe, Zulieferer und Absatzmärkte versucht der Westen nun „wertgeleitete Allianzen“ zu schmieden, auch die Handelspolitik soll „wertgeleitet“ werden. Es soll ein Handel sein, dessen Ausrichtung nicht mehr allein ökonomischen Kalkülen folgt, sondern einer, der auch Kriterien wie Versorgungssicherheit und Abwehr von politischer Erpressbarkeit genügt.

Noch haben die Protagonisten einer „wertebasierten“ Außen- und Handelspolitik aber nicht erklärt, wie sie bei diesem Anspruch den Schulterschluss zum Beispiel mit autokratischen Regierungen im arabischen Raum interpretieren, bewerten und rechtfertigen, um fossile Energieträger für Deutschland zu beschaffen. Sind Gaslieferungen aus einem Staat wie Katar, gar ein Kotau des deutschen Wirtschaftsministers vor dem dortigen Emir „wertebasiert“ weniger problematisch als aus Russland?

In jedem Falle lässt sich der Terminus „wertebasiert“ mit westlichem Blick auf Menschenrechtsprobleme aber leicht als Vehikel nutzen für die Durchsetzung verschärfter Abgrenzungsstrategien gegenüber der Volksrepublik China. Es ist offensichtlich, dass der Westen China inzwischen weniger als Partner, sondern als strategischen Rivalen sieht. Die Folgen solchen Kurses sind noch nicht absehbar. Schleierhaft bleibt auch, wie die massive Umstellung auf die Versorgung mit amerikanischem gefracktem Gas und die damit entstehenden Abhängigkeiten sich mit Wertebasiertheit verstehen.

5. Folgen der „Zeitenwende“ für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft

5.1 Die deutsche Wirtschafts- und Energiepolitik muss sich völlig neu ausrichten

Über Jahrzehnte haben Wirtschaft und Verbraucher von niedrigen Preisen des aus Russland importierten Erdgases profitiert. Es deckte 55 Prozent des Verbrauchs in Deutschland, ist bis Mitte 2023 auf 12 Prozent gesenkt worden und soll mittelfristig ganz von erneuerbaren Energien abgelöst werden. Der Verzicht auf den Pipelinetransport russischen Gases und der überstürzte Bezug aus anderen Quellen, darunter des noch vor wenigen Jahren verfemten Flüssiggases vor allem aus den USA, führte zum raschen, kostspieligen und umweltbelastenden Aufbau einer entsprechenden Anlandungs-Infrastruktur. Die Sorge wächst, dass die Exportnation Deutschland mit ihrem markant energieintensiven Produktionsprofil infolge der ideologiegetriebenen Politik der Ampelregierung zu einem Auslaufmodell mit schwerwiegenden Konsequenzen für Beschäftigung und Lebensstandard werden könnte.

70 Prozent der Führungsspitzen der deutschen Industrie fürchten aktuell eine Deindustrialisierung des Landes. Der IWF prognostiziert Deutschland als einzigem Mitglied der G-7 einen konjunkturellen Abstieg bis zur Jahreswende. Die Industrie ist aber das Fundament, auf dem sich der Wohlstand der Bundesrepublik gründet. Das verarbeitende Gewerbe macht fast ein Fünftel der Wertschöpfung in der deutschen Volkswirtschaft aus, so viel wie in kaum einem anderen Land Europas. Doch der industrielle Kern schmilzt. Ein toxischer Mix aus Fachkräftemangel, Energiepreisschock und Bürokratielasten macht Industrieunternehmen zu schaffen wie nie zuvor. Jeder sechste Industriebetrieb will seine Produktion ins Ausland verlagern, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie unlängst gemeldet.

Besonders betroffen ist die chemische Industrie. Die BASF hat bereits mit massivem Stellenabbau und Entwicklungsverlagerung ins Ausland begonnen, und das ist erst der Anfang. Preiswerte Energie ist nun mal eine Existenzbedingung der bisherigen deutschen im Vergleich mit anderen Ländern hohen industriellen Wertschöpfung. Wenn letztere im Interesse der Wohlstandssicherung ohne Rückgriff auf konventionelle Rohstoffe, vor allem auf Gas und Öl, erhalten bleiben soll, dann muss es bei der Zeitenwende prioritär um den Wettlauf um Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts gehen. Das ist aber auch ein Wettlauf zum Beispiel um seltene Erden, die für die Chipproduktion unverzichtbar sind und vor allem in China, Taiwan und an einigen anderen politisch sensiblen Gegenden der Welt vorkommen. Hierzulande werden sie kaum gefördert, also bleibt die Importabhängigkeit hoch. Lithium und seltene Erden werden in naher Zukunft die Wichtigkeit erlangen, die bisher Öl und Gas hatten. Für Entscheidungen bei der Partnersuche in der internationalen Arbeitsteilung und im Außenhandel werden Lohnkosten- und Steuervorteile als bisherige Hauptkriterien vermutlich an Gewicht einbüßen gegenüber dem sicheren Zugang zu kritischen Rohstoffen anderer Länder und der Minimierung damit verbundener Abhängigkeiten.

Eine fatale Folge der gigantischen Rüstungsausgaben und der kostspieligen Umsteuerung der Energieversorgung der Wirtschaft ist, dass Deutschland bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich stark zurückfällt. Der Innovationsstandort Deutschland ist im Sinkflug. Keine gute Aussicht im Wettbewerb. Deutschland kann, wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung einräumt, in einigen Technologiefeldern nicht ohne Weiteres mit sehr innovationsstarken Ländern und Hochleistungsstandorten mithalten und liegt im zukunftsweisenden Bereich der Spitzentechnologien und der Digitalisierung zurück. Einen Ausdruck findet das darin, dass 2022 132 Mrd. US-\$ mehr

Direktinvestitionen aus Deutschland abfließen, als aus dem Ausland in Deutschland investiert wurden.

5.2 Die Militarisierung in Wirtschaft und Gesellschaft schreitet voran

„Der beste Kaufmann ist der Krieg, er macht aus Eisen Gold“, formulierte warnend schon Friedrich von Schiller 1805 in „Demetrius“. Das schlagende Beispiel dafür ist der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall, dessen Aktie zulegt und der es nach jahrelangen vergeblichen Anläufen im März 2023 geschafft hat, in die erste Riege des Dax aufzusteigen und – man höre und staune – ein Medizinunternehmen, das lebenswichtige Dialyseprodukte herstellt, vom Platz zu verdrängen. Inzwischen hat Rheinmetall in der Ukraine mit einem dortigen Staatskonzern eine Panzerfabrik als Gemeinschaftsunternehmen mit einer Jahreskapazität von 400 Kampfpanzern der neuesten Generation gegründet, eine riesige Investition, die technisch wie finanziell ohne Garantien der deutschen Regierung undenkbar ist.

5.3 Die Inflation frisst Einkommen und Vermögen besonders von Menschen mit kleinen Renten und geringen Löhnen

Inflation, also fortschreitende Geldentwertung, war Jahrzehnte in Deutschland keine Alltags Sorge der Menschen. Das hat sich mit der Pandemie und besonders seit dem Sanktionsregime gegen den Gas- und Öllieferanten Russland massiv geändert. Preise reagieren nicht nur auf Kosten, sondern auch auf Knappheiten. Ja, die Inflation ist in erster Linie importinduziert durch die hohen Preise für Öl und Gas, die in die Kostenstruktur aller produzierten Güter eingehen. Aber monopolartige Anbieter nutzen auch die Gunst der Stunde und schlagen noch etwas drauf. Besonders bei Lebensmitteln trägt der Profit hunger der Hersteller zu stark steigenden Preisen bei. Sie sind zum Inflationstreiber geworden. Die Geldentwertung lag Mitte 2023 noch immer bei etwas über 6 Prozent. Abb. 2 zeigt, wie die Kaufkraft des Geldes in Zeitintervallen sinkt.

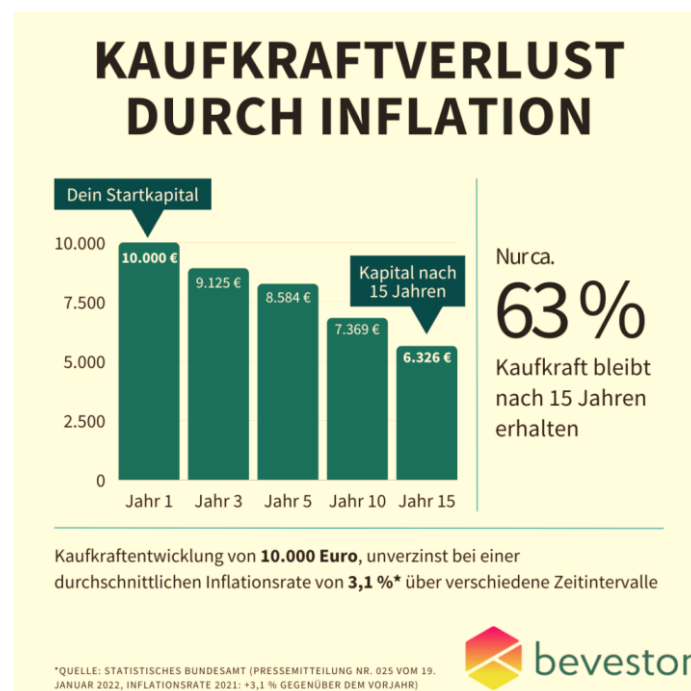


Abbildung 2: Kaufkraftverlust durch Inflation

Erwartet wird von Finanzexperten aber, dass Preissteigerungen dauerhaft bei 3 Prozent liegen werden. Laut Theorie müssen zur Inflationsbekämpfung die Zinsen steigen. Wenn das aber eintritt, wird die Wirtschaft mit Verteuerung von Investitionen belastet und private Anschaffungen werden begrenzt. Also ein Tanz auf dem Seil.

5.4 Die Staatsverschuldung steigt rasant, wird wegen gestiegener Zinsen immer teurer und in Geheimhaushalten versteckt

Öffentliche Gesamtverschuldung (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen)
in Bill. Euro

2020	2,34
2021	2,32
2022	2,57
2023	Erwartung: mindestens in der Höhe von 2022

Tabelle2: Öffentliche Gesamtverschuldung. Quelle: Statistisches Jahrbuch und eigene Berechnungen

Ab 2024 will Finanzminister Lindner mit Verve die Schuldenbremse wieder einhalten. Dafür schärft er schon die Klängen und will u.a. die von der Ampelkoalition versprochene Kindergrundsicherung torpedieren. Statt der von der zuständigen Ministerin geforderten 15 Mrd. Euro hat er bislang ganze 2 Mrd. genehmigt.

5.5 Die finanzielle Belastung Deutschlands durch den Ukraine-Krieg bleibt hoch

Die finanzielle Unterstützung der Ukraine gehört zu den in der EU verabredeten Hilfsmaßnahmen.

Die Schuldenquote des ukrainischen Staates in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt (also unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Einbrüche, die der russische Angriffskrieg zur Folge hatte) stieg 2022 auf etwa 82 Prozent. 2023 liegt sie bei etwa 100 Prozent der Wirtschaftsleistung. Unter diesen Voraussetzungen und angesichts der bisherigen Regeln, nach denen der IWF Kredite vergibt, war es schwierig, der Ukraine überhaupt eine Kreditwürdigkeit zuzubilligen. Der IWF hat dafür extra seine Regeln verändert. Nach den neuen Vorschriften darf der Währungsfonds die Ukraine weiter unterstützen, sofern andere dies ebenfalls tun. Das sind vor allem die USA und die EU. In Washington und Brüssel gelte die Regierung der Ukraine „als gutwilliger Schuldner“.

Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes waren im Zeitraum vom 24. Februar 2022 bis zum 24. Februar 2023 die USA der größte Unterstützer der Ukraine mit insgesamt 71,3 Milliarden Euro., Deutschland war mit 7,4 Milliarden direkter Hilfe und der im Rahmen der EU geleisteten Unterstützung zweitgrößter Geber (Tabelle3).

Tabelle 3: Finanzielle Unterstützer der Ukraine (Mrd. Euro) vom 24. 02. 2022
bis 24. 02. 2023 (nach Berechnungen des IWF)

USA:	71,3
EU:	30,0
Großbritannien:	9,8
Deutschland:	7,4

Tabelle 3: Finanzielle Unterstützer der Ukraine (Mrd. Euro) vom 24. 02. 2022 (Zahlen des Statistischen Bundesamtes)

5.6 Fazit

Die deutsche Ampel-Regierung betreibt aus einer affektgesteuerten, emotional aufgeladenen Reaktion heraus eine Art Selbstzerstörung der deutschen Wirtschaft. Eine vorausschauende, eine durchdachte, Nutzen und Schaden abwägende Reaktion ist das nicht. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sieht „die moralische Empörungsspirale als Sackgasse“ (Urban 2022: 79). Dem Urteil kann ich etwas abgewinnen. Es ist hohe Zeit, die Ergebnisse der bisherigen Sanktions- und Embargopolitik unvoreingenommen, sachlich zu evaluieren. An den Sanktionen festzuhalten, obwohl sie nicht die erwartete Wirkung haben, vor allem die Schlächtereie in der Ukraine nicht verkürzen, grenzt an Realitätsverweigerung.

6 Herausforderungen für die ökonomische Wissenschaft

Schon die Coronakrise und nun verstärkt der Ukraine-Krieg haben die Schwachstellen des kapitalistischen Systems und der vorherrschenden ökonomischen Theorien unübersehbar offengelegt. Heute dominieren mit wenigen Ausnahmen unter den Hunderten von VWL-Lehrstühlen in Deutschland solche

- mit der Vorherrschaft neoklassischer Theorien und unzureichender Präsenz heterodoxer, darunter auch marxistischer Ansätze,
- mit mehr Mikro- als Makroökonomie, also einer Lehre, die von mathematischen Modellen und betriebswirtschaftlichen Techniken geprägt ist und die makroökonomische Sicht, die soziale, ökologische, humanitäre, ethische und auch sicherheitspolitische Belange einschließen muss, verdrängt (Bontrup 2021),
- mit bescheidener Forschung zu Krisenphänomenen und Krisenwirkungen.

Es gibt keine Belege dafür, dass zum Beispiel ein totaler Lieferstopp für Gas und Öl zum Rückzug des russischen Militärs aus der Ukraine führen würde. Unter solchen Unsicherheitsbedingungen – niemand kann vorhersagen, wie lange die Sanktionen in Kraft bleiben, welche Auswirkungen es für die ökologische Transformation geben wird usw. – sind Prognosen schwierig. Das zeigen die stark differierenden Vorhersagen von Wirtschaftsinstituten zum Beispiel zu Wachstums- und Inflationsaussichten in der Bundesrepublik. Politikberatende Wirtschaftswissenschaft kann sich für den Blick in die Zukunft nicht wie unter ehemals „normalen“ Bedingungen an empirischen Daten aus der Vergangenheit orientieren. Für die gegenwärtigen Sanktionsschocks, für ein Sofortembargo für russisches Öl und Gas gibt es kein historisches Vorbild, insofern keine bezugsfähigen Anhaltspunkte (Hickel 2022),

- mit Theorien, in denen Denkschemata vorherrschen, die unter den neuen, den Pandemie- wie Kriegsbedingungen obsolet geworden sind. Sie gehen davon aus, dass sich über flexible Preise das ökonomische Gleichgewicht optimal herstellt. Es fehlen Erkenntnisse zu einer Ökonomie, die vom Primat der Politik unter pandemischen und militärischen Bedingungen bestimmt wird. Es herrscht der Glaube an sich selbst stabilisierende Marktkräfte, die auch mit exogenen Schocks, wie sie ein Krieg auslöst, reibungslos fertigwerden,
- mit einer Lehre, die von ihren neoklassischen Protagonisten vor allem als *unpolitische* Wissenschaft verstanden wird. Eine Lehre aus den jüngsten Ereignissen in Krise und Krieg sollte daher auch die solide Auseinandersetzung mit der Marxschen Politischen Ökonomie sein, die die Kritik der unpolitischen Ökonomie einschließt. Es ist Zeit, öfter mal wieder bei Marx nachzuschlagen. Nicht, um jeden Satz von ihm in Stein zu meißeln

und seine Theorie zum orthodoxen Ismus zu stilisieren, aber seine klare, seine materialistische Sicht auf die Logik des Kapitals zu beherzigen. Die Kriegs- und Krisensituation gibt der Kapitalismuskritik Impulse. Was wir in der Pandemie- und der Kriegszeit erlebten und erleben, belegt, wie hoch aktuell viele der Marxschen Erkenntnisse heute sind. Ich erinnere nur an zwei seiner Thesen:

1. „Die kapitalistische Produktion [untergräbt] die Springquellen alles Reichtums: die Erde und den Arbeiter.“ (Marx 1972: 529–530) Diese Feststellung wird von Tag zu Tag aktueller. Der blutige Ukraine-Krieg ist das jüngste Paradebeispiel. Wenn Marx wohl die Lernfähigkeit des Kapitalismus unterschätzte, so erkannte er doch, dass dieser vom Ressourcenverzehr lebt, vor allem von immer mehr Energieverbrauch. Der „Treibstoff“ des Wachstums sind im Kapitalismus die fossilen Energieträger, also Kohle, Öl, Gas. Was passieren wird, wenn dieser „Treibstoff“ zur Neige geht oder der Zugang sanktioniert wird, erleben wir jetzt. Aber auch der jahrzehntelange profitorientierte Raubbau an der Natur und der rücksichtslose Umgang mit zig Millionen von Kindern weltweit ohne Zugang zu Bildung mit vorprogrammierter Chancenlosigkeit im Leben, stehen dafür.
2. „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen ist immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“ (Marx 1968: 501).

Solange es eine Überakkumulation gibt, wird es Krisen geben. Und die Überakkumulation, d.h. die Konsumtionsbeschränkung der Massen zugunsten von Maximalprofiten Weniger hat Höchststände erreicht. Aktuell wird das Finanzkapital weltweit auf etwa 160.000 Milliarden US-Dollar geschätzt. Das sucht nach lukrativer Anlage und findet sie politisch geschützt in Aufrüstung und Kriegsführung.

In der Wirtschaftswissenschaft gibt es seit Langem einen erbitterten Streit über die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik und seine Lösungskompetenz in einer komplexen Welt. In jüngster Zeit hat die alte Kontroverse um das Verhältnis von Markt und Staat neue Nahrung bekommen. Pandemie und Krieg haben deutlicher denn je gemacht, dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze bleiben müssen. Vor allem die sogenannte Sorgearbeit (Krankenhäuser, Pflegeheime, Gesundheitswirtschaft), der vorsorgende Staat, gehört gestärkt. Der Markt allein regelt gar nichts. Personal- und Rohstoffknappheit lassen sich nicht über die herkömmlichen Marktmechanismen beheben. Vorausschauende Planung ist unumgänglich. Sie muss vom immer noch wabernden Beigeschmack befreit werden, nichts als ein Instrument von Politbürokraten des gescheiterten Sozialismus zu sein. Klargeworden ist: Wege aus der Krise führen nur über einen leistungsfähigen Staat. Dafür stehen in jüngster Zeit die umfangreichen Ausgabenprogramme der Bundesregierung zur Stützung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Aufhorchen lässt, dass selbst in den USA der starke Staat zurück ist. 40 Jahre nach der urwüchsigen Trickle-Down-Economy von Ronald Reagan („Wenn es den Reichen gut geht, sickert auch etwas für die Armen durch“) und der ultra-liberalen Margaret Thatcher („So etwas wie Gesellschaft gibt es nicht“), 30 Jahre nach dem nordatlantischen Freihandelsabkommen von Bill Clinton haben die Ideen von Liberalisierung und Globalisierung im Westen ihre Prägekraft verloren. Die heutigen amerikanischen Regierungschefs sind erkennbar solche, mit interventionalistischen Ambitionen, die man natürlich kritisch betrachten kann und muss. Aber sie zeigen: Der Staat ist zurück und das alte Adam Smith Diktum, wonach Angebot und Nachfrage über eine „unsichtbare Hand“ zueinanderfinden, gilt mittlerweile als Glaubensbekenntnis aus einer vergangenen Zeit.

Als Herausforderung für die ökonomische Wissenschaft angesichts der entstandenen Lage sehe ich folgende Schwerpunkte:

- Objektive Evaluierung der gesamtwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Sanktionspolitik im eigenen Land. Ökonomen dürfen es nicht bei dem Leitspruch von Politikern belassen: „Wir finanzieren mit unseren Öl- und Gasimporten nicht Putins Kriegsführung“. Aus dem Auge verloren werden darf nicht, dass Sanktionen zunehmend auch Menschen hierzulande schaden – vor allem denen mit geringem Einkommen;
- Studien zum Zusammenhang von „Krieg, Klima und Umwelt“, der Krieg als Klimakiller, Investitionen in den Katastrophenschutz im Zeitalter des Klimawandels;
- Versorgung der Wirtschaft mit seltenen Erden und Schutz der grenzüberschreitenden Infrastruktur;
- Stärkere Befassung mit Umweltlasten. Wir haben nicht nur massive Finanzschulden, sondern auch dramatische „Umweltschulden“. Der große Unterschied, so der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph E. Stiglitz kürzlich: Umweltschulden sind eine Belastung, „der man sich nicht mit dem Federstrich eines Konkursrichters entledigen kann“, die man verlängern oder unbeglichen lassen kann. Die müssen Jahrzehnte lang abbezahlt werden – und zwar von Generation Y und Z aufwärts;
- Intensivierung der finanzwissenschaftlichen Forschung. Die Finanzwirtschaft gewinnt geostrategisch weiter an Bedeutung;
- Statt einzig von einem universellen globalen Wirtschafts- und Entwicklungssystem auszugehen, müssen lokale und regionale Wirtschaftsformen und ihr sozialer und ökologischer Kontext anerkannt und genutzt werden. Sie dienen der Bedürfnisbefriedigung, nicht der Profiterzielung;
- Aufbau einer digitalen Infrastruktur, die nicht in der Hand amerikanischer oder chinesischer Konzerne liegt;
- Konzepte für die Rückgewinnung öffentlichen Eigentums für die Produktion lebenswichtiger Güter – vom Impfstoff und lebenswichtigen Medikamenten bis zur Mobilität. In Gemeineigentum gehört die nicht vermehrbare Georessource Grund und Boden.

Die Eigentumsfrage ist das Kernproblem der kapitalistischen Gesellschaft, und wer die Systemfrage stellt, kommt an ihr nicht vorbei.

Viel Arbeit steht nicht nur den Ökonomen, sondern allen Gesellschaftswissenschaftlern bevor. Kooperation ist mehr denn je gefragt.

Bibliographie

- Bontrup, Heinz-J. (2021): „Endlich ein Lehrbuch für die plurale Ökonomik“. *OXI – Wirtschaft anders denken*, 7/2021.
- Brandt, Peter/Braun, Reiner/Hoffmann, Reiner/Müller, Michael (2023): „Warum wir einen Plan für den Frieden brauchen“. *Berliner Zeitung* vom 25./26. März 2023.
- Dohnanyi, Klaus von (2023): „Interview mit Dr. Klaus von Dohnanyi“. *Nachrichten der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e.V.* Juli 2023.
- Engdahl, F.William (2022): *Krieg in der Ukraine. Die Chronik einer geplanten Katastrophe*. 4. Auflage. Rottenburg: Kopp Verlag.
- Hein, Christoph (2023): „Was kommt, was bleibt“. *Berliner Zeitung* vom 8.-10. April 2023.

- Hickel, Rudolf (2022): „Ökonomen-Rat in der Zeitenwende überfordert“. 17.04.2022. (<https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656730>)
- Jaksch, Ralf (2023): „Von der Weisheit der Realpolitik-Henry Kissinger zum 100“. *Deutsche Wirtschaftsnachrichten* vom 26.05.2023. <https://deutsche-wirtschaftsnachrichten.de/703448/Von-der-Weisheit-der-Realpolitik-Henry-Kissinger-zum-100>
- Lafontaine, Oscar (2022): „Deutschland ist kein souveränes Land“. *Berliner Zeitung* vom 31. August 2022.
- Lüders, Michael (2023): *Moral über alles? Warum sich Werte und nationale Interessen selten vertragen*. München: Goldmann. <https://michael-lueders.de/moral-ueber-alles/>
- Marx, Karl (1972): *Das Kapital*, Bd. 1, MEW, Bd. 23. Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, Karl (1968): *Das Kapital*, Bd. 3, MEW, Bd. 25. Berlin: Dietz Verlag.
- Orange, Martine (2022): „Bewegungen in der internationalen Finanzorganisation“. *Sozialismus* vom 27. April 2022.
- Pavlenko, Vladimir (2023); „Rassirenje BRIKS kak indikator tektoničeskich global'nych peremen“. <https://iarex.ru/articles/97270.html>.
- Pfeifer, Hermannus (2022): „Russlands Zahlungstrick“. *Neues Deutschland* vom 17.06. 2022.
- Puglierin, Jana (2022): „Wohin führt der ‚Epochenbruch‘? Konturen einer neuen Ordnung für Europas Sicherheit“. *APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte* 40/41. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/internationale-sicherheit-2022/513508/wohin-fuehrt-der-epochenbruch/>
- Schäfers, Manfred (2022): „Lindner fordert Zeitenwende auch in der Wirtschaftspolitik“. *FAZ* vom 27.12.2022. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/lindner-fordert-zeitenwende-auch-in-der-wirtschaftspolitik-18561525.html>
- Stingart, Gabor (2023) „Warum die US-Sanktionen nicht Putin oder Xi treffen - sondern uns“. *Focus Online* vom 08.02.2023. <https://www.focus.de/archiv/finanzen/08-02-2023/>
- Urban, Hans-Jürgen (2022): „Zeitenwende wohin? Die moralische Empörungsspirale als Sackgasse“ *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7/2022. <https://hans-juergen-urban.de/die-zeitenwende-wohin-die-moralische-empoeerungsspirale-als-sackgasse/>
- Verheugen, Günter (2023): „Wir müssen endlich lernen, wie wir friedlich auf diesem Planeten zusammenleben“. *Berliner Zeitung* vom 11./12. Februar 2023.
- Wengeler Martin (2023): „Reden über den Krieg. Einige Anmerkungen zu Kontinuitäten im Sprechen über Krisen, Kriege und Aufrüstung“. *Apuz. Aus Politik und Zeitgeschichte. Krieg in der Ukraine*, 11/2023. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krieg-in-der-ukraine-2023/518836/reden-ueber-den-krieg/>

E-Mail-Adresse der Verfasserin: chris.radenz@gmail.com